

Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auswärts. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Buchhandlungen angenommen. Im amtlichen Zeitungsdienst ist die Zeitung eingetragener. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Hochdruck nur mit der Genehmigung der Druckerei gestattet. Druckerei der Zeitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142 A. 1418, der Druckerei-Abteilung Nr. 1133; Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 466.

Halle, Sonnabend, den 4. Oktober.

1910.

Wilson lebensgefährlich erkrankt.

Unveränderte Lage im Berliner Metallarbeiterstreik. — Die Wiener Not in einem gefährlichen Stadium.

Was fehlt Wilson?

Paris, 4. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Wie aus Washington Meldungen hervorgeht, ist die Erkrankung des Präsidenten Wilson lebensgefährlich. Im ganzen Lande werden die kirchlichen Feiern mit besonderer Spannung verfolgt. Der gestrige ärztliche Bericht lautet unglücklich. Der den Präsidenten behandelnde Arzt veranlaßt, daß der bekannteste amerikanische Nervenarzt Dr. Dreesman aus Philadelphia zur Konsultation herbeigerufen werde. Das Befinden des Präsidenten hat sich bisher nicht gebessert und nach ärztlichem Ausspruch ist unter Umständen an dem Aufkommen des Patienten zu zweifeln. Durch die Erkrankung Wilsons hat sich die politische Situation in Amerika noch mehr kompliziert, da man es für politisch unvornehm hält, gegen den Präsidenten eine Opposition zu machen, gegen die er sich nicht zur Wehre zu setzen vermag.

Die Lage im Berliner Metallarbeiterstreik.

Berlin, 4. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die Lage im Metallarbeiterstreik hat sich infolge des gestrigen Schreibens der Arbeitervereinsorganisation an den Arbeitsminister Schöke noch weiter verschärft. Obwohl die Metallindustriellen bis zur Stunde noch keine Erklärung über die neuen Vor schläge der Arbeitnehmer, mit den Tarifverhandlungen nochmals von neuem zu beginnen, abgegeben haben, ist doch, wie aus ihren Kreisen mitgeteilt wird, als sehr wahrscheinlich anzunehmen, daß sie auf dem Schiedsgericht vom 21. August bestehen bleiben werden, die die grundsätzlichen Fragen für die Aufstellung neuer Lohn- und Arbeitsbedingungen bereits regelt. Man hält es in den Kreisen der Arbeitgeber für unmöglich, daß der Spruch eines Schiedsgerichts, weil der eine Teil damit nicht einverstanden ist, einfach befolgt wird, obwohl beide Parteien von vornherein bekannt, daß sie sich ihm zu unterwerfen haben.

Sicherheit für die Berliner Lichtverforgung.

Berlin, 4. Okt. (Eig. Drahtnachricht.) Infolge der beständigen Drohungen, auch die elektrische Licht- und Kraftverforgung Berlins brach zu legen, haben die zuständigen Stellen sich veranlaßt gesehen, Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Das Kabelwerk der AGW in Oberhühneweide ist geteilt militärisch besetzt worden. In Oberhühneweide sind etwa 1000 Soldaten, die aus Schlesien gekommen sind, einquartiert worden.

Der unvermeidliche Verkauf Wiener Kunstschätze.

Wien, 4. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Staatskanzler Dr. Renner erklärte einer Abordnung des Gemeinderats, welche gegen den Verkauf der Kunstschätze protestierte: Der Verkauf der Kunstschätze ist unvermeidlich. Es sind für dringende Beschaffung von Lebensmitteln im Auslande gegen 15 Millionen Gulden (holländische) nötig, die durch den Verkauf beschafft werden müssen. Es ist nicht mehr Zeit, einen anderen Weg zu betreten, da wie binnen 14 Tagen die Zahlungsmittel haben müssen, wenn die Ernährung nicht gefährdet werden soll. Wie stehen vor der Wahl, entweder Zugubst oder Produktionsmittel zu veräußern und müssen aus daher zum Verkauf der Kunstschätze entschließen.

Die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs Deutsch-Österreichs.

Wien, 4. Okt. (Eig. Drahtnachricht.) Staatskanzler Renner erklärte bei einem Empfang in Andultra, daß die Lage in Deutsch-Österreich noch nicht recht klären, in welcher Richtung der Zerfall des Landes sei und daß die Gefahr eines völligen Zusammenbruchs der Volkswirtschaft immer näher rücke. Zur Sozialisierung berichte der Staatssekretär, daß die Bedeutung des Wortes oft unrichtig dargestellt werde. Unter Umständen werde die Sozialisierung das einzige Mittel sein, die Industrieerträge davor zu bewahren, in die Hände der ausländischen Kapitalisten zu geraten.

Dr. Kochs Abschied von Düsseldorf.

Düsseldorf, 4. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Der neue Reichsminister Koch hat bei seinem Abschied von Düsseldorf zu erklären, daß er es als eine der wichtigsten Aufgaben als Minister des Innern betrachten werde, die Landesverhältnisse der Rheinlande

der zu bekämpfen. Von den Führern der demokratischen Partei ist Reichsminister Koch mit allem Nachdruck auf diese drohende Gefahr hingewiesen worden.

Verfolgt ungarische Bolschewisten.

Wien, Budapest, 3. Okt. Das ungar. Korrespondenzbüro berichtet: Die Staatsanwaltschaft hat die Polizei veranlaßt, die auf der Grund befindlichen Bolschewisten, deren Stellvertreter und andere Männer, die hervorragende Stellungen in der Arbeiterbewegung innehaben, verfolgen und verhaften zu lassen; so den stellvertretenden Volkskommissar des Arbeiters, Julius Kerpas, dessen richtiger Name Waas Wier ist, den stellvertretenden Volkskommissar und gewählten Leiter der Wiener Arbeiterbewegung Alexander Kogler, den Volkskommissar für Ernährungsangelegenheiten Moriz Sedler, den Volkskommissar für Seereswesen Rudolf Fiedler, den Präsidenten des regierenden Rates Alexander Gerbel, den Volkskommissar für Ernährungsangelegenheiten Stephan Kufner, den Volkskommissar für Unterricht Georg Lukacs, den Volkskommissar für Handel Mathias Rados, den Volkskommissar für Verkehr Karl Bartus und den Volkskommissar für Finanzen Bela Szeftel, sowie den früheren Leiter der Polizei Emil Seifler.

Verhaftung eines Budapest Bolschewisten.

Wien, Budapest, 3. Okt. Das ungarische Telegrafische Büro meldet: Die Polizei verhaftete heute den neuwiesenen Präsidenten des Budapest Arbeiter- und Sozialrats Stephan Biermann, der sich seit dem Streik der Arbeiterbewegung in einem Dorf der Umgebung versteckt hielt.

Der Kampf gegen Konstantinopel.

Wien, Amsterdam, 3. Okt. „Times“ meldet aus Konstantinopel: Mustafa Kemal Pascha und andere Führer der nationalistischen Bewegung in Ost- und Zentralanatolien haben damit angefangen, Steuern einzutreiben und Rekruten anzuziehen. Außerdem liefern sie türkische und erbenetzte russische Waffen und Munition von Erzerum nach dem Westen transportieren. Sie sollen mit der Regierung von Aserbeidschan einen politischen Vertrag geschlossen haben, um die Lebensmittelfuhr nach Konstantinopel abzuschnitten, falls die Zentralregierung ihr feindseliges Verhalten ihnen gegenüber nicht aufgibt.

Wann ratifiziert Amerika?

Rotterdam, 4. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einem Bericht aus Washington erwartet die amerikanische Regierung, daß der Senat den Friedensvertrag in der letzten Herbstwoche ratifizieren werde. Man glaubt, daß der Vertrag ohne Änderung angenommen werden wird. Doch soll vermittelt, um einen Vergleich mit den Republikanern zusammenzubringen, der für Wilson annehmbar wäre.

Friedensverhandlungen mit den Bolschewisten.

Kopenhagen, 4. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus Dorpat gemeldet wird, haben die dort versammelten Vertreter der estnischen, lettischen und litauischen Regierung den Beschluß gefaßt, Friedensverhandlungen mit den Bolschewisten einzuleiten. Die nordwestrussische Regierung einhellig sich der Abstimmung. Es sollen Bevollmächtigte der drei Länder ernannt werden, um mit den Vertretern der Bolschewisten zu Verhandlungen in Dorpat zusammenzutreten.

Teilweise Einstellung des Schnellzugverkehrs.

Berlin, 4. Okt. Vom 12. Oktober ab soll, einer Korrespondenz zufolge, der gesamte Schnellzugverkehr zwischen Dresden und Berlin bis zum 2. November einschließlich eingestellt werden.

Eine merkwürdige Transaktion.

Berlin, 4. Okt. Wie der „D. Allg. Ztg.“ aus Kopenhagen gemeldet wird, werde die Millionenanleihe, welche die sozialdemokratische Landesorganisation in Schweden der deutschen Sozialdemokratie zum Kauf von Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen beschloßen habe, von den vier größten dänischen Banken übernommen werden. Die „D. Allg. Ztg.“ bemerkt dazu: Aus der Meldung geht nicht hervor, welche Sicherheiten für die Millionenanleihe gewährt und verlangt werden sollen. Letzteres wäre auch zu fragen, ob die schwedische Sozialdemokratie wirklich nur politische Zwecke mit dieser merkwürdigen Transaktion verfolgen will. Die Nachricht kann nur unter Vorbehalt wiedergegeben werden.

Die neue Regierung.

Endlich ist die neue Regierung gebildet, besser gesagt umgebildet worden. Es war ganz gewiß nicht das Drängen der Demokratie, das zu dieser Umgestaltung des Kabinetts führte, es waren bittere politische Notwendigkeiten, die nicht unbeachtet bleiben durften. Es sei nur daran erinnert, daß weite Teile der Demokratie auch jetzt noch der Meinung waren, daß ein Herabtreten aus der Regierung parteipolitisch vorzuziehen sei. Die Gesamtpartei stellte sich demnach nicht auf diesen Boden, weil sie das Wohl des Vaterlandes höher stellt als das Wohl der Partei. Sie erkannte, daß die Regierung auf einer möglichst breiten Basis stehen muß, wenn sie die nicht anschießenden schweren Stürme der kommenden Herbst- und Wintermonate bestehen will. In der großen Belastungsprobe, die die kommenden Monate dem Deutschen Reich bringen werden, muß hinter der Regierung ein möglichst großer Teil des deutschen Volkes stehen. Und diese Erkenntnis bestand nicht nur in der Demokratie, sondern auch im Zentrum und in der Sozialdemokratie verflocht man sich nicht der Tatsache, daß die direkte positive Mitarbeit der Demokratie innerhalb der Regierung notwendig sei. Wir brauchen hier nur an die Auslassungen des bisherigen Reichsministers des Innern, Dr. David, und des Führers der Sozialdemokratie, Scheide man, an der bekannten Kaiserlichen Versammlung erinnern. Es ist also eitel Eitelgeschwätz, Feindschaft und Verleumdung, wenn von rechtsstehender Seite hier und da von dem „Weg zur Futtertrippe“ gesprochen worden ist. Die Demokratie geht durch ihren Entschluß, in die Regierung einzutreten, noch dazu in schwerer Zeit, daß sie vor der Verantwortlichkeit nicht zurückfährt. Sie kennt keine „Reinheit“, von der einzelne mehrheitspolitische Blätter bei dem Ausscheiden der Demokratie anlässlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages sprachen!

Die Demokratie treibt noch weniger Mandatshaschererei. Sie tritt nicht deshalb in die Regierung ein, um einige ihrer Vertreter in die Regierung unterzubringen. Das beweist sie dadurch, daß sie das dritte ihr zugewiesene Ministerpostenfunktion nicht ohne weiteres einem ihrer Fraktionsmitglieder zuweist, unter denen sich genügend kluge Köpfe befinden, um auch diese Stellung würdig besetzen zu können. Die Demokratie bemüht sich vielmehr, einen bedeutenden Wirtschaftspolitiker zu gewinnen, der den großen Aufgaben gewachsen ist, die gerade in dem neu zu schaffenden Wiederbaubau-Ministerium zu bewältigen sein werden, und es ist ihr dabei ganz nebensächlich, ob diese Persönlichkeit Mitglied der Fraktion der Nationalversammlung ist. Sie darf auch für sich in Anspruch nehmen, daß sie mit beiden in die umgebildete Regierung entsandenen Abgeordneten eine zweifelhafte Bereicherung des Kabinetts gebracht hat. Der eine der beiden Minister, der Abg. Schiffer, war bekanntlich schon zu Beginn dieses Jahres als Reichsfinanzminister Mitglied der Regierung. Er ist geborener Breslauer und steht im 60. Lebensjahr. Vom Amtsrichter in einem oberösterreichischen Städtchen Rieg er bis zum Landesverwaltungsgerichtsrat in Berlin. Seit langem hand er im politischen Leben. Innerhalb der früheren nationalliberalen Partei wurde er immer als einer der führenden Köpfe angesehen. Im August 1917 wurde er bereits als Unterstaatssekretär in das damalige Reichsamt für den Wiederaufbau berufen, es, daß ihm bei seinem jetzigen Wiedereintritt in die Regierung nicht wieder das Finanzportefeuille übertragen wurde, das bekanntlich Erbacher weiter behält. Abg. Schiffer übernimmt das Reichsjustizministerium und wird gleichzeitig Vizekanzler. Auch in dieser Eigenschaft wird er in unserer Zeit, in der das Schiedsgericht immer mehr an Boden gewinnt, Großes leisten können. Als er am 15. Februar d. J. eine Kreditforderung von 25,3 Millionen in der Nationalversammlung begründete, da forderte er zugleich auch „Offenheit, Wahrheit und rücksichtsloses Vertrauen“ zwischen Volk und Regierung. Wer wollte sagen, daß diese Forderung nicht heute auch noch erhoben werden muß? In der gleichen Rede sagte er damals weiter: Ich bin entschlossen, alle Maßnahmen gegen diejenige anzuwenden, die sich den Pflichten gegenüber dem Staat und dem Reich entziehen. Ich will den Betrug gegen den Staat nicht milder, sondern strenger als jeden anderen Betrug bestrafen.“ Was mit diesen Worten der damalige Reichsfinanzminister Schiffer sagte, darf sich auch der heutige Reichsjustizminister zur Richtschnur nehmen.

Es war ganz gewiß nicht das Drängen der Demokratie, das zu dieser Umgestaltung des Kabinetts führte, es waren bittere politische Notwendigkeiten, die nicht unbeachtet bleiben durften. Es sei nur daran erinnert, daß weite Teile der Demokratie auch jetzt noch der Meinung waren, daß ein Herabtreten aus der Regierung parteipolitisch vorzuziehen sei. Die Gesamtpartei stellte sich demnach nicht auf diesen Boden, weil sie das Wohl des Vaterlandes höher stellt als das Wohl der Partei. Sie erkannte, daß die Regierung auf einer möglichst breiten Basis stehen muß, wenn sie die nicht anschießenden schweren Stürme der kommenden Herbst- und Wintermonate bestehen will. In der großen Belastungsprobe, die die kommenden Monate dem Deutschen Reich bringen werden, muß hinter der Regierung ein möglichst großer Teil des deutschen Volkes stehen. Und diese Erkenntnis bestand nicht nur in der Demokratie, sondern auch im Zentrum und in der Sozialdemokratie verflocht man sich nicht der Tatsache, daß die direkte positive Mitarbeit der Demokratie innerhalb der Regierung notwendig sei. Wir brauchen hier nur an die Auslassungen des bisherigen Reichsministers des Innern, Dr. David, und des Führers der Sozialdemokratie, Scheide man, an der bekannten Kaiserlichen Versammlung erinnern. Es ist also eitel Eitelgeschwätz, Feindschaft und Verleumdung, wenn von rechtsstehender Seite hier und da von dem „Weg zur Futtertrippe“ gesprochen worden ist. Die Demokratie geht durch ihren Entschluß, in die Regierung einzutreten, noch dazu in schwerer Zeit, daß sie vor der Verantwortlichkeit nicht zurückfährt. Sie kennt keine „Reinheit“, von der einzelne mehrheitspolitische Blätter bei dem Ausscheiden der Demokratie anlässlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages sprachen!

Die Demokratie treibt noch weniger Mandatshaschererei. Sie tritt nicht deshalb in die Regierung ein, um einige ihrer Vertreter in die Regierung unterzubringen. Das beweist sie dadurch, daß sie das dritte ihr zugewiesene Ministerpostenfunktion nicht ohne weiteres einem ihrer Fraktionsmitglieder zuweist, unter denen sich genügend kluge Köpfe befinden, um auch diese Stellung würdig besetzen zu können. Die Demokratie bemüht sich vielmehr, einen bedeutenden Wirtschaftspolitiker zu gewinnen, der den großen Aufgaben gewachsen ist, die gerade in dem neu zu schaffenden Wiederbaubau-Ministerium zu bewältigen sein werden, und es ist ihr dabei ganz nebensächlich, ob diese Persönlichkeit Mitglied der Fraktion der Nationalversammlung ist. Sie darf auch für sich in Anspruch nehmen, daß sie mit beiden in die umgebildete Regierung entsandenen Abgeordneten eine zweifelhafte Bereicherung des Kabinetts gebracht hat. Der eine der beiden Minister, der Abg. Schiffer, war bekanntlich schon zu Beginn dieses Jahres als Reichsfinanzminister Mitglied der Regierung. Er ist geborener Breslauer und steht im 60. Lebensjahr. Vom Amtsrichter in einem oberösterreichischen Städtchen Rieg er bis zum Landesverwaltungsgerichtsrat in Berlin. Seit langem hand er im politischen Leben. Innerhalb der früheren nationalliberalen Partei wurde er immer als einer der führenden Köpfe angesehen. Im August 1917 wurde er bereits als Unterstaatssekretär in das damalige Reichsamt für den Wiederaufbau berufen, es, daß ihm bei seinem jetzigen Wiedereintritt in die Regierung nicht wieder das Finanzportefeuille übertragen wurde, das bekanntlich Erbacher weiter behält. Abg. Schiffer übernimmt das Reichsjustizministerium und wird gleichzeitig Vizekanzler. Auch in dieser Eigenschaft wird er in unserer Zeit, in der das Schiedsgericht immer mehr an Boden gewinnt, Großes leisten können. Als er am 15. Februar d. J. eine Kreditforderung von 25,3 Millionen in der Nationalversammlung begründete, da forderte er zugleich auch „Offenheit, Wahrheit und rücksichtsloses Vertrauen“ zwischen Volk und Regierung. Wer wollte sagen, daß diese Forderung nicht heute auch noch erhoben werden muß? In der gleichen Rede sagte er damals weiter: Ich bin entschlossen, alle Maßnahmen gegen diejenige anzuwenden, die sich den Pflichten gegenüber dem Staat und dem Reich entziehen. Ich will den Betrug gegen den Staat nicht milder, sondern strenger als jeden anderen Betrug bestrafen.“ Was mit diesen Worten der damalige Reichsfinanzminister Schiffer sagte, darf sich auch der heutige Reichsjustizminister zur Richtschnur nehmen.

Die Demokratie treibt noch weniger Mandatshaschererei. Sie tritt nicht deshalb in die Regierung ein, um einige ihrer Vertreter in die Regierung unterzubringen. Das beweist sie dadurch, daß sie das dritte ihr zugewiesene Ministerpostenfunktion nicht ohne weiteres einem ihrer Fraktionsmitglieder zuweist, unter denen sich genügend kluge Köpfe befinden, um auch diese Stellung würdig besetzen zu können. Die Demokratie bemüht sich vielmehr, einen bedeutenden Wirtschaftspolitiker zu gewinnen, der den großen Aufgaben gewachsen ist, die gerade in dem neu zu schaffenden Wiederbaubau-Ministerium zu bewältigen sein werden, und es ist ihr dabei ganz nebensächlich, ob diese Persönlichkeit Mitglied der Fraktion der Nationalversammlung ist. Sie darf auch für sich in Anspruch nehmen, daß sie mit beiden in die umgebildete Regierung entsandenen Abgeordneten eine zweifelhafte Bereicherung des Kabinetts gebracht hat. Der eine der beiden Minister, der Abg. Schiffer, war bekanntlich schon zu Beginn dieses Jahres als Reichsfinanzminister Mitglied der Regierung. Er ist geborener Breslauer und steht im 60. Lebensjahr. Vom Amtsrichter in einem oberösterreichischen Städtchen Rieg er bis zum Landesverwaltungsgerichtsrat in Berlin. Seit langem hand er im politischen Leben. Innerhalb der früheren nationalliberalen Partei wurde er immer als einer der führenden Köpfe angesehen. Im August 1917 wurde er bereits als Unterstaatssekretär in das damalige Reichsamt für den Wiederaufbau berufen, es, daß ihm bei seinem jetzigen Wiedereintritt in die Regierung nicht wieder das Finanzportefeuille übertragen wurde, das bekanntlich Erbacher weiter behält. Abg. Schiffer übernimmt das Reichsjustizministerium und wird gleichzeitig Vizekanzler. Auch in dieser Eigenschaft wird er in unserer Zeit, in der das Schiedsgericht immer mehr an Boden gewinnt, Großes leisten können. Als er am 15. Februar d. J. eine Kreditforderung von 25,3 Millionen in der Nationalversammlung begründete, da forderte er zugleich auch „Offenheit, Wahrheit und rücksichtsloses Vertrauen“ zwischen Volk und Regierung. Wer wollte sagen, daß diese Forderung nicht heute auch noch erhoben werden muß? In der gleichen Rede sagte er damals weiter: Ich bin entschlossen, alle Maßnahmen gegen diejenige anzuwenden, die sich den Pflichten gegenüber dem Staat und dem Reich entziehen. Ich will den Betrug gegen den Staat nicht milder, sondern strenger als jeden anderen Betrug bestrafen.“ Was mit diesen Worten der damalige Reichsfinanzminister Schiffer sagte, darf sich auch der heutige Reichsjustizminister zur Richtschnur nehmen.

Die Demokratie treibt noch weniger Mandatshaschererei. Sie tritt nicht deshalb in die Regierung ein, um einige ihrer Vertreter in die Regierung unterzubringen. Das beweist sie dadurch, daß sie das dritte ihr zugewiesene Ministerpostenfunktion nicht ohne weiteres einem ihrer Fraktionsmitglieder zuweist, unter denen sich genügend kluge Köpfe befinden, um auch diese Stellung würdig besetzen zu können. Die Demokratie bemüht sich vielmehr, einen bedeutenden Wirtschaftspolitiker zu gewinnen, der den großen Aufgaben gewachsen ist, die gerade in dem neu zu schaffenden Wiederbaubau-Ministerium zu bewältigen sein werden, und es ist ihr dabei ganz nebensächlich, ob diese Persönlichkeit Mitglied der Fraktion der Nationalversammlung ist. Sie darf auch für sich in Anspruch nehmen, daß sie mit beiden in die umgebildete Regierung entsandenen Abgeordneten eine zweifelhafte Bereicherung des Kabinetts gebracht hat. Der eine der beiden Minister, der Abg. Schiffer, war bekanntlich schon zu Beginn dieses Jahres als Reichsfinanzminister Mitglied der Regierung. Er ist geborener Breslauer und steht im 60. Lebensjahr. Vom Amtsrichter in einem oberösterreichischen Städtchen Rieg er bis zum Landesverwaltungsgerichtsrat in Berlin. Seit langem hand er im politischen Leben. Innerhalb der früheren nationalliberalen Partei wurde er immer als einer der führenden Köpfe angesehen. Im August 1917 wurde er bereits als Unterstaatssekretär in das damalige Reichsamt für den Wiederaufbau berufen, es, daß ihm bei seinem jetzigen Wiedereintritt in die Regierung nicht wieder das Finanzportefeuille übertragen wurde, das bekanntlich Erbacher weiter behält. Abg. Schiffer übernimmt das Reichsjustizministerium und wird gleichzeitig Vizekanzler. Auch in dieser Eigenschaft wird er in unserer Zeit, in der das Schiedsgericht immer mehr an Boden gewinnt, Großes leisten können. Als er am 15. Februar d. J. eine Kreditforderung von 25,3 Millionen in der Nationalversammlung begründete, da forderte er zugleich auch „Offenheit, Wahrheit und rücksichtsloses Vertrauen“ zwischen Volk und Regierung. Wer wollte sagen, daß diese Forderung nicht heute auch noch erhoben werden muß? In der gleichen Rede sagte er damals weiter: Ich bin entschlossen, alle Maßnahmen gegen diejenige anzuwenden, die sich den Pflichten gegenüber dem Staat und dem Reich entziehen. Ich will den Betrug gegen den Staat nicht milder, sondern strenger als jeden anderen Betrug bestrafen.“ Was mit diesen Worten der damalige Reichsfinanzminister Schiffer sagte, darf sich auch der heutige Reichsjustizminister zur Richtschnur nehmen.

Die Demokratie treibt noch weniger Mandatshaschererei. Sie tritt nicht deshalb in die Regierung ein, um einige ihrer Vertreter in die Regierung unterzubringen. Das beweist sie dadurch, daß sie das dritte ihr zugewiesene Ministerpostenfunktion nicht ohne weiteres einem ihrer Fraktionsmitglieder zuweist, unter denen sich genügend kluge Köpfe befinden, um auch diese Stellung würdig besetzen zu können. Die Demokratie bemüht sich vielmehr, einen bedeutenden Wirtschaftspolitiker zu gewinnen, der den großen Aufgaben gewachsen ist, die gerade in dem neu zu schaffenden Wiederbaubau-Ministerium zu bewältigen sein werden, und es ist ihr dabei ganz nebensächlich, ob diese Persönlichkeit Mitglied der Fraktion der Nationalversammlung ist. Sie darf auch für sich in Anspruch nehmen, daß sie mit beiden in die umgebildete Regierung entsandenen Abgeordneten eine zweifelhafte Bereicherung des Kabinetts gebracht hat. Der eine der beiden Minister, der Abg. Schiffer, war bekanntlich schon zu Beginn dieses Jahres als Reichsfinanzminister Mitglied der Regierung. Er ist geborener Breslauer und steht im 60. Lebensjahr. Vom Amtsrichter in einem oberösterreichischen Städtchen Rieg er bis zum Landesverwaltungsgerichtsrat in Berlin. Seit langem hand er im politischen Leben. Innerhalb der früheren nationalliberalen Partei wurde er immer als einer der führenden Köpfe angesehen. Im August 1917 wurde er bereits als Unterstaatssekretär in das damalige Reichsamt für den Wiederaufbau berufen, es, daß ihm bei seinem jetzigen Wiedereintritt in die Regierung nicht wieder das Finanzportefeuille übertragen wurde, das bekanntlich Erbacher weiter behält. Abg. Schiffer übernimmt das Reichsjustizministerium und wird gleichzeitig Vizekanzler. Auch in dieser Eigenschaft wird er in unserer Zeit, in der das Schiedsgericht immer mehr an Boden gewinnt, Großes leisten können. Als er am 15. Februar d. J. eine Kreditforderung von 25,3 Millionen in der Nationalversammlung begründete, da forderte er zugleich auch „Offenheit, Wahrheit und rücksichtsloses Vertrauen“ zwischen Volk und Regierung. Wer wollte sagen, daß diese Forderung nicht heute auch noch erhoben werden muß? In der gleichen Rede sagte er damals weiter: Ich bin entschlossen, alle Maßnahmen gegen diejenige anzuwenden, die sich den Pflichten gegenüber dem Staat und dem Reich entziehen. Ich will den Betrug gegen den Staat nicht milder, sondern strenger als jeden anderen Betrug bestrafen.“ Was mit diesen Worten der damalige Reichsfinanzminister Schiffer sagte, darf sich auch der heutige Reichsjustizminister zur Richtschnur nehmen.

Die Demokratie treibt noch weniger Mandatshaschererei. Sie tritt nicht deshalb in die Regierung ein, um einige ihrer Vertreter in die Regierung unterzubringen. Das beweist sie dadurch, daß sie das dritte ihr zugewiesene Ministerpostenfunktion nicht ohne weiteres einem ihrer Fraktionsmitglieder zuweist, unter denen sich genügend kluge Köpfe befinden, um auch diese Stellung würdig besetzen zu können. Die Demokratie bemüht sich vielmehr, einen bedeutenden Wirtschaftspolitiker zu gewinnen, der den großen Aufgaben gewachsen ist, die gerade in dem neu zu schaffenden Wiederbaubau-Ministerium zu bewältigen sein werden, und es ist ihr dabei ganz nebensächlich, ob diese Persönlichkeit Mitglied der Fraktion der Nationalversammlung ist. Sie darf auch für sich in Anspruch nehmen, daß sie mit beiden in die umgebildete Regierung entsandenen Abgeordneten eine zweifelhafte Bereicherung des Kabinetts gebracht hat. Der eine der beiden Minister, der Abg. Schiffer, war bekanntlich schon zu Beginn dieses Jahres als Reichsfinanzminister Mitglied der Regierung. Er ist geborener Breslauer und steht im 60. Lebensjahr. Vom Amtsrichter in einem oberösterreichischen Städtchen Rieg er bis zum Landesverwaltungsgerichtsrat in Berlin. Seit langem hand er im politischen Leben. Innerhalb der früheren nationalliberalen Partei wurde er immer als einer der führenden Köpfe angesehen. Im August 1917 wurde er bereits als Unterstaatssekretär in das damalige Reichsamt für den Wiederaufbau berufen, es, daß ihm bei seinem jetzigen Wiedereintritt in die Regierung nicht wieder das Finanzportefeuille übertragen wurde, das bekanntlich Erbacher weiter behält. Abg. Schiffer übernimmt das Reichsjustizministerium und wird gleichzeitig Vizekanzler. Auch in dieser Eigenschaft wird er in unserer Zeit, in der das Schiedsgericht immer mehr an Boden gewinnt, Großes leisten können. Als er am 15. Februar d. J. eine Kreditforderung von 25,3 Millionen in der Nationalversammlung begründete, da forderte er zugleich auch „Offenheit, Wahrheit und rücksichtsloses Vertrauen“ zwischen Volk und Regierung. Wer wollte sagen, daß diese Forderung nicht heute auch noch erhoben werden muß? In der gleichen Rede sagte er damals weiter: Ich bin entschlossen, alle Maßnahmen gegen diejenige anzuwenden, die sich den Pflichten gegenüber dem Staat und dem Reich entziehen. Ich will den Betrug gegen den Staat nicht milder, sondern strenger als jeden anderen Betrug bestrafen.“ Was mit diesen Worten der damalige Reichsfinanzminister Schiffer sagte, darf sich auch der heutige Reichsjustizminister zur Richtschnur nehmen.

Die Demokratie treibt noch weniger Mandatshaschererei. Sie tritt nicht deshalb in die Regierung ein, um einige ihrer Vertreter in die Regierung unterzubringen. Das beweist sie dadurch, daß sie das dritte ihr zugewiesene Ministerpostenfunktion nicht ohne weiteres einem ihrer Fraktionsmitglieder zuweist, unter denen sich genügend kluge Köpfe befinden, um auch diese Stellung würdig besetzen zu können. Die Demokratie bemüht sich vielmehr, einen bedeutenden Wirtschaftspolitiker zu gewinnen, der den großen Aufgaben gewachsen ist, die gerade in dem neu zu schaffenden Wiederbaubau-Ministerium zu bewältigen sein werden, und es ist ihr dabei ganz nebensächlich, ob diese Persönlichkeit Mitglied der Fraktion der Nationalversammlung ist. Sie darf auch für sich in Anspruch nehmen, daß sie mit beiden in die umgebildete Regierung entsandenen Abgeordneten eine zweifelhafte Bereicherung des Kabinetts gebracht hat. Der eine der beiden Minister, der Abg. Schiffer, war bekanntlich schon zu Beginn dieses Jahres als Reichsfinanzminister Mitglied der Regierung. Er ist geborener Breslauer und steht im 60. Lebensjahr. Vom Amtsrichter in einem oberösterreichischen Städtchen Rieg er bis zum Landesverwaltungsgerichtsrat in Berlin. Seit langem hand er im politischen Leben. Innerhalb der früheren nationalliberalen Partei wurde er immer als einer der führenden Köpfe angesehen. Im August 1917 wurde er bereits als Unterstaatssekretär in das damalige Reichsamt für den Wiederaufbau berufen, es, daß ihm bei seinem jetzigen Wiedereintritt in die Regierung nicht wieder das Finanzportefeuille übertragen wurde, das bekanntlich Erbacher weiter behält. Abg. Schiffer übernimmt das Reichsjustizministerium und wird gleichzeitig Vizekanzler. Auch in dieser Eigenschaft wird er in unserer Zeit, in der das Schiedsgericht immer mehr an Boden gewinnt, Großes leisten können. Als er am 15. Februar d. J. eine Kreditforderung von 25,3 Millionen in der Nationalversammlung begründete, da forderte er zugleich auch „Offenheit, Wahrheit und rücksichtsloses Vertrauen“ zwischen Volk und Regierung. Wer wollte sagen, daß diese Forderung nicht heute auch noch erhoben werden muß? In der gleichen Rede sagte er damals weiter: Ich bin entschlossen, alle Maßnahmen gegen diejenige anzuwenden, die sich den Pflichten gegenüber dem Staat und dem Reich entziehen. Ich will den Betrug gegen den Staat nicht milder, sondern strenger als jeden anderen Betrug bestrafen.“ Was mit diesen Worten der damalige Reichsfinanzminister Schiffer sagte, darf sich auch der heutige Reichsjustizminister zur Richtschnur nehmen.

Herr Schiller würde sich den Dank des Vaterlandes verdienen, wenn er immer und immer wieder mit allen Kräften darauf hinwirken würde, daß gegen das erbärmliche Schicksal die härtesten Strafen verhängt werden. Die Strafe gegen das übermächtige Egoüberium kann nicht hart genug sein.

An zweiter Stelle hat die Demokratie den bisherigen Kaffeler Oberbürgermeister Dr. Koch in die Regierung einwandt. Hier tritt noch deutlicher in Erscheinung, daß die Demokratie und die von ihr präferierten Persönlichkeiten mit ihrem Eintritt in die Regierung Opfer bringen um des Vaterlandes willen und nicht, um an die "Untertrappe" im Sinne der Demagnationale zu kommen. Denn gerade in den letzten Tagen war Herr Dr. Koch, der als Kommunalpolitiker eine glänzende Laufbahn hinter sich hat, zum Oberbürgermeister von Düsseldorf gewählt worden. Und zwar auf sein Jahre, während eine Ministerherrlichkeit auch im republikanischen Deutschland erheblich weniger von Dauer ist. Der erst 45 Jahre alte, einer frischen Bauerfamilie entstammende Dr. Koch begann seine Laufbahn in dem kleinen oberbayerischen Städtchen Delmenhorst. Darnach gehörte er auch als Vertreter seiner Stadt dem oberbayerischen Landtage an, in dem er einer der eifrigsten Arbeiter war. Erst als Bürgermeister machte er seinen Namen. Dann führte ihn sein Weg als Stadtdirektor nach Bremerhaven, von wo aus er später zum Oberbürgermeister von Kassel gewählt wurde. Herr Dr. Koch, der jetzt der Nachfolger des kranklichen Dr. David im Reichsministerium des Innern wird, wird ganz besonders schwere Aufgaben in den nächsten Monaten zu erledigen haben.

Wir machen unferneits auch heute keinen Hehl daraus, daß wir es lieber gesehen hätten, wenn Herr Erzbürger mit dem Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung aus dem Kabinett verschwinden würde. Wir halten ihn für einen Schädling und sind hier - ausnahmsweise - der Meinung des Herrn Helfferich: Der Mann muß wegl. Aber für die weitere Erklärung des Herrn Erzbürger in der Regierung ist in erster Linie das Zentrum verantwortlich, das sein arbeitsames Mitglied nicht fallen lassen will. Immerhin ist es nicht zu unterschätzen Erfolg, daß Erzbürger wenigstens aus der Stelle des Vizekanzlers weichen mußte. Aufgabe der demokratischen Minister wird es sein, dafür zu sorgen, daß sein Einfluß weiter zurückgedrängt wird, so daß man fernerhin nicht mehr von einem Kabinett Erzbürger sprechen kann. Sie werden ihren vollständigen Einfluß auch bei Herrn - Noske zur Geltung bringen müssen. Wer wie wir den Reichswehrminister immer verteidigt hat, darf es auch getrost aussprechen, daß die Umgebung Noskes doch allmählich Besen ausläßt. Man gewinnt oftmals den Eindruck, als ob im Reichswehrministerium reaktionär Trümmer und als ob Herr Noske doch manchmal der Geführte einer Klasse von Offizieren ist, die wir überwinden zu haben glauben. Das Regierungschifflein muß hindurchsteuern zwischen der Reaktion, die sich insbesondere der Reaktion pommerischer Färbung schärfste Fische anlag, und zwischen dem politischen Nadelstichsystem der äußersten Linken. Trotz Nationalversammlung und trotz demokratischer Gemeindevertretungen gibt es immer noch Arbeiterräte, die sich gegenüber den auf demokratischer Basis gewählten Volksvertretungen ein Kontrollrecht anmaßen. Dieser Zustand muß nun endlich einmal, und zwar gründlich geändert werden. Im effizienten Monat nach der Revolution dürfen keine Nebenregierungen mehr gebildet werden, die demokratische Form unseres Staatswesens muß endlich rein und ungetrübt zu ihrem Rechte kommen. Die Mehrheit des deutschen Volkes wird den Wiedereintritt der Demokratie in die Regierung auf die Dauer nur dann verzeihen und billigen, wenn die demokratischen Minister zu ihrem Teile dazu beitragen, daß man etwas spürt von einer wahrhaft demokratischen Politik. Sehen sie über kurz oder lang, daß ihnen das nicht möglich ist, dann tragen wir schon heute kein Bedenken, die Forderung nach einem Wiedereintritt zu stellen. Wir müssen vorwärts auf der Bahn zum wirklichen demokratischen Staat. Das allein kann die Richtschnur für die demokratischen Minister sein! C.H.

Die Diktatur der Unabhängigen.

Die Anhänger der unabhängigen Sozialdemokratie die von ihnen beanspruchte politische Macht in der Praxis handhaben, leidet ein Einbruch, der am Mittwoch bei der Berliner Metallwarenfabrik Danneberg u. Quandt ausgebrochen ist. Der "Vorwärts" veröffentlicht am 3. Oktober das Protokoll einer Sitzung der Firma mit 10 Arbeiterausgang vom 1. Oktober. Das Protokoll beginnt:

"Dem Bericht ist voranzuschicken, daß am Morgen des 1. Oktober leitende der Betriebsleitung ein Schloffer eingestellt werden sollte, und als derselbe dem Arbeiterausgang zur Genehmigung vorgelegt wurde, konstatierte dieser Arbeiterausgang, daß der Mann Ehrheitssozialist ist. Dem Mann gewerkschaftlich organisiert war, wurde er aus dem Grunde, daß er Ehrheitssozialist ist, von dem Arbeiterausgang abgelehnt."

In der Sitzung wurde dann von einem Mitglied des Arbeiterausgangs erklärt, daß ein Ehrheitssozialist nicht mehr in den Fabriken der Firma angenommen werden kann weil, wie er wörtlich sagte, "dieser Mann sonst Unruhe in unsere Betriebe bringen würde". Über diesen Fall wären überhaupt keine Verhandlungen mehr nötig, die Einstellung des Mannes wäre eben abgelehnt. Weiter legte er, noch heute noch dem Ehrheitssozialismus angehört, hat seine Zeit verstrichen". Ein Vertreter der Betriebsleitung erwiderte, daß Politik nicht in die Betriebe gehöre. Darauf entgegnete ein Mitglied des Arbeiterausgangs:

"Seine Meinung ging dahin: Die Betriebsleitung prüft die Tüchtigkeit des Arbeiters, der Arbeiterausgang dagegen die politische Richtung. Die Firma

hätte das größte Interesse daran, gleichartig gesinnte Leute zu beschäftigen, damit unnötige Unterhaltungen über Politik unterbleiben, die sich andernfalls nicht vermeiden lassen."

Verzüglich erklärte wiederholt ein Vertreter der Betriebsleitung, daß die Firma Politik auf keinen Fall in ihren Betrieben zulassen könne, und daß sie nur einen rein wirtschaftlichen Betrieb habe, bei dem Politik nichts zu tun habe. Der Vertreter des Arbeiterausgangs hielt auf seinem Standpunkt beharrte, daß es im Interesse des Geschäftes wäre, wenn nur eine Partei in der Fabrik vertreten wäre. Ein ganzer Teil der Arbeiter der Firma sei nicht gewerkschaftlich, sondern nur politisch organisiert. Vor 14 Tagen sei ein Verfassungsvertrag geschlossen, nach welchem nur noch Arbeiter einer Partei eingestellt werden können. Sie geben hierzu nicht ab und andere Arbeiter können nicht eingestellt werden; denn dieser Beschluß, wie jeder Verfassungsvertrag, "sei ihnen heilig".

Während einer Pause verhandelte der Arbeiterausgang mit den Arbeitern. Diese drückten dem Arbeiterausgang ihr Vertrauen aus. In den erneut aufgenommenen Verhandlungen wurde dargelegt, daß die Betriebsleitung nicht die politischen Richtungen, sondern rein nur die Arbeitskraft und die Aushändigkeit jedes neu Eingestellten berücksichtigen dürfe.

Falls über diese Punkte mit den Arbeiterausgängen etwas vorzubringen sein würde, so wäre es natürlich, daß die Geschäfts- und Betriebsleitung auf diese Wünsche eingehen. Aber einen Konsens nur wegen seiner politischen Gesinnung anzugehen, wäre auf keinen Fall annehmbar. In dem Protokoll heißt es: "Darauf erfolgte wieder Abbrechung der Verhandlungen und kurze Zeit darauf wurde der Geschäfts- und Betriebsleitung von Seiten des Arbeiterausgangs mitgeteilt, daß die Arbeiter beschloffen haben, in den Streik zu treten, falls ihnen nicht nachgegeben würde, wozu letzteres natürlich nicht geschah."

In einer kurzen Sitzung nachher mit dem Beamtenausgang wurde festgestellt, daß sich der Beamtenausgang nicht auf den Standpunkt der Arbeiterschaft stellt und sich aus diesem Grunde auch nicht mit dem Beschluß des Arbeiterausgangs einverstanden erklären konnte.

Der "Vorwärts" schreibt dazu u. a.: "Voraussetzung für die Rechte, die das Betriebsrätegesetz den Arbeitervertretern gibt, ist ein hohes Verantwortungsgewissen. Bei vielen Vertretern ist aber kein Bewußtsein davon zu verspüren. Welche dem deutschen Wirtschaftsleben, wenn dieser Arbeitermissbrauch in der Zukunft nicht durch den Produktionsprozeß werden sollte und auf das Wirtschaftsleben losgelassen wird."

Verjüngung der Hochschulen.

In der Preussischen Landesversammlung hat die Fraktion der deutschen demokratischen Partei den nachstehenden Antrag Friedberg-Schlömann und Genossen eingebracht:

Die verjüngende Preussische Landesversammlung wolle beschließen: diejenigen welche im § 6 des Zivildienstgesetzes bezeichnet sind, treten sofort dies nicht früher auf ihren Wunsch geschieht, mit dem Ende des Jahres 1900 die 70. Geburtsfeier folgenden Sommer in den Ruhestand. Im Urigen bleiben ihnen die bisher gewährten Rechte, insbesondere auch das des ferneren Abhaltens von Vorlesungen gewahrt.

Die Fraktion geht dabei von dem Wunsche aus, eine Verjüngung der Lehrkräfte an den Universitäten und Hochschulen einzutreten zu lassen. Fisher hat die Regierung keine Möglichkeit, einen Universitätslehrer, wenn er nicht selbst im Verkehre in den Ruhestand nachkam, durch eine andere Kraft zu ersetzen. Durch den obigen Antrag soll, ebenso wie das in den meisten anderen Ländern bereits der Fall ist, die Möglichkeit gegeben werden, diejenigen Hochschullehrer, welche das 70. Lebensjahr überschritten haben, in den Ruhestand treten zu lassen. Dabei soll es ihnen natürlich unbenommen sein, durch Vorlesungen weiter auf die akademische Jugend einzuwirken. Nur von ihren eigentlichen amtlichen Funktionen: z. B. der Leitung der Institute oder Anstalten, Sitz in der Prüfungskommission usw. sollen sie mit 70 Jahren entbunden werden. Der Antrag dürfte bei allen Freunden einer zeitgemäßen Hochschulreform sympatische Aufnahme finden.

Arbeitsgelegenheit für Reichswehrenlosene.

Vom 1. Oktober ab sollen nach und nach 150 000 Reichswehrenlosene in die Arbeit entlassen werden. Für dreiviertel dieser Entlassenen muß organisatorisch Arbeitsgelegenheit geschaffen werden, und zwar zum Teil auch in der Volkswirtschaft. Der Landwirtschaftsminister hat die Regierungen ersucht, unverzüglich im Einvernehmen mit den Generalkommandos die erforderlichen Schritte zur Beschäftigung der zu entlassenden Reichswehrenlosene zu tun. Es wird Wert darauf gelegt, daß die Mannschaften gruppenweise zur Arbeit gebracht werden, weil sie auf diese Weise Halt bekommen und den Eindruck erfaßt, daß für sie gesorgt wird. In allen Fällen ist Unterbringung und Verpflegung rechtzeitig sicherzustellen und für die Beschaffung der nötigen Werkzeuge Sorge zu tragen.

Spaßaktenführer aus dem Gefängnis entlassen.

Die spaßaktenführer des Reichs, Paul Parke und Otto Taler, die von der Würzburger Käsezeit eine große Rolle spielten und zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt wurden, sind aus der Strafanstalt Nibisau in Oberfranken ausbezogen. Die Pfundt war von langer Hand vorbereitet und von außen unterstützt, denn ein Automobil hat die Entkommenen aufgenommen und fortgebracht.

Zur Heimholung der Gefangenen.

Hamburg, 3. Okt. Der zur Heimholung von Gefangenen aus England bestimmte Dampfer "Hogbad" ist heute nachmittag aus England angekommen.

Deutsche Vertreter am dänischen Sozialistenkongress.

Kopenhagen, 3. Okt. Der dänische sozialdemokratische Parteitag ist in Gegenwart von 406 Delegierten eröffnet worden. Aus Deutschland sind Adolf Ritter und Otto Wels erschienen. Der Vorsitzende, Olsen, hielt in seiner Begrüßungsansprache die deutschen Gäste willkommen, indem er der Ueberzeugung Ausdruck gab,

daß die Lösung der nord-schleswigschen Frage gute nachbarliche Beziehungen zwischen beiden Ländern schaffen werde. Wels erklärte, daß es während des Krieges den dänischen Arbeitern allein durch die Treue der dänischen Sozialdemokratie zur Internationale der Arbeiterkräfte möglich gewesen sei, die Verbindung mit den Arbeitern der letzten Welt zu unterhalten. Die Lösung der nord-schleswigschen Frage werde jeden Grund zur Mißstimmung zwischen Deutschland und Dänemark entfernen.

Die Streiklage in England noch ungeklärt.

Rotterdam, 3. Okt. Obgleich es zuerst aussah, als ob die neuen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Eisenbahnern zu einem Ausgleich in dem Streit führen würden, ist man doch nach dem gestrigen Tage weniger hoffnungsvoll. Lord George erwies eine Abordnung der Transportarbeiter und der Eisenbahner und teilte ihnen mit, daß die Regierung es für ganz unmöglich halte, die Verhandlungen weiterzuführen, bevor nicht die Arbeit wieder aufgenommen worden sei. Hieraus ist zu schließen, daß es Lord George um eine Maßnahme zu tun ist. Der Bericht des Transportarbeiterverbandes sagt: Nachdem die Konferenz die Darlegungen der Vertreter der Eisenbahnarbeiter angehört hatte, teilte sie einstimmig die Meinung, daß die Delegation die Ueberzeugung haben, daß der Ausstand lediglich ein gewerkschaftlicher Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ist. (Nicht ohne Vorbereitung auf die "Revolutions" wie deutsche Löhne glauben machen wollen. Die Red.) Von Bedeutung ist, daß Thomas gestern erklärte, der Versuch, den Streit zu beendigen auf einen Kampf zwischen Eisenbahner und Regierung. Der Grund dafür ist, daß die Gewerkschaften der Eisenbahner nicht über genügend Mittel verfügen, um den Streik lange auszuhalten, und daß sie auf die Hilfskräfte der anderen Gewerkschaften angewiesen sind. In Wales feiern 250 000 Arbeiter, an dem Fluß Tees 40 000, alle Eisen- und Stahlwerke sind geschlossen, in Cleveland feiern 12 000, in den Bergwerkreuen ebenfalls viele Tausende.

Die Kampfstimmung der Klässer gegen Frankreich.

Basel, 3. Oktober. Wie der "Basler Vorwärts" berichtet ist es zwischen Mühlhäuser Arbeitern, die im Wieder-ausgebeigt beschäftigt sind, und französischen Soldaten in den letzten Tagen wiederum zu einer blutigen Schlägerei gekommen. Infolge dieser sich wiederholenden Vorgänge ist die Mühlhäuser Bevölkerung gegen die französischen Soldaten sehr erbittert.

Deutsches Reich.

Reichstagswahlen nicht vor März 1920.

Berlin, 4. Okt. Wie die "Post" auf Anfrage in maßgebenden Kreisen erfahren haben will, rechnt die Reichsregierung mit Reichstags-Neuwahlen nicht vor Anfang März 1920. Das neue Wahlgesetz befindet sich im letzten Stadium der Vorbereitung. Die neue Wahlkreis-einteilung berätsichtigte die abzutretenden Gebiete nicht mehr.

Internationale Maßnahmen zur Hebung des Marktwertes.

Berlin, 4. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Wie ich zuverlässig erfahre, ist bei den Beratungen der Sachverständigen zur Hebung der Valuta neben den beschlossenen Steigerungsmassnahmen der Gedanke einer diplomatischen Aktion zur Hebung der deutschen Valuta aufgetaucht. Man trägt sich mit der Absicht, eine solche Aktion inoffiziell über Lissabon zu leiten.

Klärung der deutsch-katholischen Beziehungen.

Berlin, 4. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Auf Grund zuverlässiger Informationen bin ich in der Lage, mitzuteilen, daß die Reichsregierung demnächst ihre Beziehungen zu den katholischen Missionaren dadurch klären wird, daß sie nach Intrafretreten des Preisens die Regierungen Letlands, Litland und Estland offiziell anerkennen wird.

Es gibt ein vernünftige Unabhängige.

Aus Gessenrichen wird der "A. N." gemeldet: Die Vorstandsmittelglieder der U. S. P.-Gessenrichen wurden zu einer Besprechung mit dem Polizeipräsidenten eingeladen. Nachdem die Lebensmittelpreisfrage Gessenrichens und das sich immer mehr breit machende Schieberium mit Lebensmitteln eingehend besprochen worden war, wurde folgende Entschließung gefaßt: Die Führer der U. S. P.-Gessenrichen verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß die Demonstrationen in dieser Zeit politischer Schwärmung unterbleiben und mit Rücksicht auf die Gefahren, welche gerade die Lebensmitteldemonstrationen in sich bergen.

Wolff Nachfolger im Volkstum.

Berlin, 4. Okt. Zum Nachfolger des Generals Grafen Wolf im Volkstum ist laut "Volks-Anz." General von Gehrhardt ernannt worden.

Aus der demokratischen Bewegung.

Aus dem Kreise Schweinitz schreibt man uns: Die Deutschnationalen hatten in letzter Zeit sehr zahlreiche Versammlungen in hiesigen Kreise abgehalten. Besonders stark wurde dabei im Kadavertumismus gemacht. Der bekannte Dr. Hoffmann-Rothke verließ sich neulich in Herzberg zu der lächerlichen Proklamation, daß, wenn der Abg. Deltus wieder in den Kreis käme, er etwas erleben könne. Die Demokraten haben deshalb Herrn Deltus in den Kreis zu kommen und den Kampf aufnehmen. Dem Wunsch entsprach Abg. Deltus, der seine sehr beschränkte Zeit, indem er am Sonnabend und Sonntag in den Städtchen Schmalde, Herzberg und Schleien den Versammlungen abgab, die sehr gut besucht waren. Die Versammlung am Sonntag nachmittag in Herzberg litt zwar sehr erheblich darunter, daß der Saal nur kurze Zeit zur Verfü-